

## Junge Tüftler zeigen Talent

Angela Freimuth (FDP) besucht die Primusschule / Verein fördert Jugendliche

Von Martin Meyer

**SCHALKSMÜHLE** • Kreativität und Engagement zeigten die jungen Tüftler der Stufe 2 der Primusschule bei ihrer Projektarbeit im Bereich Technik, die gemeinsam mit dem Verein Technikförderung Südwestfalen durchgeführt wurde. Während der Präsentation ihrer Arbeiten am Dienstag in der Turnhalle erhielten die jungen Tüftler hohen Besuch.

Gekommen waren neben Bürgermeister Jörg Schönenberg auch die Landtagsvizepräsidentin Angela Freimuth (FDP), Michael Okon-Gerling (schulfachlicher Dezernent, Bezirksregierung Arnsberg), und Christoph Brünger (Vorstand Technikförderung Südwestfalen). Zusammen mit Anja Krause, der kommissarischen Schulleiterin, hielten sie Grußworte an die Schüler.

Der Bürgermeister zeigte sich von den Ergebnissen beeindruckt. „Sie zeigen, dass die Stufe 2 der Primusschule mit sehr viel Begeisterung bei der Sache ist. Das gilt auch für das Kollegium, den Förderverein und die Eltern – ohne sie wäre das Ganze hier nicht möglich.“ Auch die Arbeit des Technikzentrums lobte Jörg Schönenberg. „Nicht umsonst ist die Gemeinde Schalksmühle Gründungsmitglied des Vereins.“

### Südwestfalen als Industrieregion

Auch die Landtagsvizepräsidentin fand das Projekt toll. „Südwestfalen ist in besonderer Weise eine Industrieregion. Das betone ich auch immer wieder. In den 1970er-Jahren kam der Dienstleistungssektor auf. Die Digitalisierung führt heute diesen Bereich mit der Industrie zusammen. Ich merke aber, dass es Ängste gibt, wenn man etwas nicht versteht. So auch bei der Technik. Das ist es, was ich an so Projekten mag. Die vermitteln Kenntnisse und Verständnis und geben den jungen Menschen Mut, ihre Gesellschaft zu gestalten.“

### 180 Schüler nahmen teil

Insgesamt 180 Schüler haben in der ersten Woche nach den Osterferien ihre Projektarbeit im Technikzentrum gestartet. An sechs Tagen eigeneten sich die jungen Teilnehmer Wissen in den Bereichen Kunststofftechnik, Solarenergie, Metalltechnik, Windenergie, Bau und Programmierung von sogenannten Lego-Mindstorm-Robotern sowie beim Einsatz von UMT (Universelles Mediensystem für den Technikunterricht) beim Bau von Strandbuggy an.

Zurück an der Schule konzentrierte sich jede Lerngruppe auf einen dieser Bereiche. Dabei nutzten sie die zur Verfügung gestellten Materialien des Vereins.

Die Gruppe Kunststofftechnik besuchte ein zweites Mal das Technikzentrum und besichtigte anschließend das Kunststoff-Institut in Lüdenscheid.

### Schaffen gemeinsamen Wissens

Der Fokus des Projektunterrichts lag in der Schaffung gemeinsamen Wissens, gepaart mit Kreativität und Forscherdrang bei der praktischen Umsetzung des Gelernten und von eigenen Ideen. „Es gelang den Schülern – ganz im Sinne der individuellen Förderung unserer Schule – sich mit den Fragestellungen zu befassen. Während der Arbeit konnten sie wieder einmal ihre hohe Kompetenz

im selbstständigen Lernen unter Beweis stellen und sehenswerte Projekte präsentieren“, sagt Anja Krause. Die Schüler freuten sich sehr darauf, ihre Projekte der Öffentlichkeit zu präsentieren. In der gut gefüllten Sporthalle zeigten sie den Eltern und den Vertretern der Politik, der Schule und der Wirtschaft, wie viel Eigenleistung in ihren unterschiedlichen Arbeiten steckt. „Es hat alles super geklappt. Das sind alles tolle Ergebnisse“, sagt Simone Bergmann-Simons. Die Lehrerin ist verantwortlich für dieses Projekt.

### Technikförderung Südwestfalen

2011 haben sich regionale Unternehmen sowie regionale Bildungspartner im Verein Technikförderung Südwestfalen zusammengeschlossen. Ziel ist es, junge Menschen für Technik und technische Berufe zu begeistern und attraktive Angebote zur Technikförderung zu schaffen. Der Verein ist Träger der zdi-Netzwerke technik\_mark und Ennepe-

Ruhr sowie des Technikzentrums Südwestfalen in Lüdenscheid. In diesen Strukturen kann er Unternehmen und Schulen dezentrale und zentrale Angebote unterbreiten. Lernorte können hierbei Unternehmen, Schulen, Hochschulen sowie das Technikzentrum sein. Weitere Lernorte sind in der Entwicklung. ■ Quelle: Technikförderung

### DREI FRAGEN AN

## Schulleiterin Anja Krause

**Frau Krause, wie wichtig ist der Umgang der Kinder mit Technik – vor allem für Mädchen?**

**Anja Krause:** Er ist super wichtig. Die Lehrer leben den Kindern keine Rollenbilder vor.

Wir wollen alle individuell fördern, gerade die Mädchen.

**Was hat sie bei der Projektarbeit beeindruckt?**

**Krause:** Wie die Kinder auf unterschiedlichem Niveau sich mit dem Thema beschäftigt haben. Aber auch die Lehrkräfte, die ja keine Technikfachkräfte sind.

**Hat das Projekt „Technik“ Zukunftspotenzial?**

**Krause:** Ja. In drei Jahren wer-

den wir es auf jeden Fall wieder machen. Auch in Kooperation mit dem Technikzentrum. Wir werden die Zusammenarbeit evaluieren und gegebenenfalls verbessern. Wir möchten uns auch bei dem Verein Technikförderung Südwestfalen bedanken, dass er das Novum mit der Stufe 2 mitgemacht hat.

16.05.2018

Lüdenscheider Nachrichten

# Jährlich fehlen 110 Ärzte

Konferenz untersucht  
Situation im Sauerland

WERDOHL/MÄRKISCHER KREIS

▪ Eine „gut erreichbare“ ärztliche Versorgung verspricht der Koalitionsvertrag der Großen Koalition in Berlin. Wie es tatsächlich um die ärztliche Versorgung in der Region bestellt ist, diskutierte der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete Matthias Heider jetzt bei einer Konferenz der Bürgermeister und Landräte in seinem Wahlkreis. Das Ergebnis vorweg: Ein Patentrezept gebe es wohl nicht, dafür aber viele

Stellschrauben, an denen gedreht werden könne.

Als Referent war Ansgar von der Osten von der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL) zu der Runde gestoßen. Die KVWL ist in der Region für die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung zuständig.

Von der Osten berichtete von der Versorgungssituation im Sauerland und betonte: „Wir haben ein hohes Anspruchsdenken, wenn es um die ärztliche Versorgung geht.“ Anlass zur Sorge gebe die Altersstruktur der Ärzte in der Region: Die überwiegende Mehrheit der Hausärzte sei deutlich über 50 Jahre alt. Nachwuchs werde also gebraucht. Jährlich rückten etwa 110 angehende Hausärzte im Bereich der KVWL nach. „Wir brauchen aber mindestens das Doppelte, um die ge-

genwärtige Versorgungsstruktur aufrechtzuerhalten“, sagte von der Osten.

## Spezialisierung attraktiver machen

Aus Sicht des Experten ist es daher wichtig, einerseits die Spezialisierung zum Hausarzt attraktiver zu machen und an den Universitäten stärker für diese Facharzt-richtung zu werben, andererseits aber auch der geänderten Berufsvorstellung junger Ärzte Rechnung zu tragen. Immer weniger Ärzte hätten ein Interesse an der Übernahme einer Praxis, da sie vor der hohen Belastung als Kleinunternehmer zurückschreckten. Eine Antwort auf dieses Problem seien medizinische Versorgungszentren, zumindest aber Filial- oder Gemeinschaftspraxen. Durch eine Bündelung administrativer

Aufgaben, wie etwa dem Rechnungswesen sei dies für Ärzte attraktiver.

Matthias Heider wies daraufhin, dass im Koalitionsvertrag Wert darauf gelegt werde, die Tätigkeit von Ärzten in ländlichen Räumen wie dem Sauerland attraktiver zu machen. „Es soll Zuschläge geben und die Tätigkeit als Hausarzt soll besser vergütet werden“, sagte der Abgeordnete. Heider hob hervor, dass im Rahmen der Digitalisierung der Zugang zum Arzt ebenfalls leichter werden könnte. Heider will das Thema regelmäßig behandeln: „Eine gut erreichbare Gesundheitsversorgung ist ein wichtiger Standortfaktor und damit von hoher Bedeutung für die Entwicklung des Sauerlandes!“

16.05.2018

**Süderländer Volksfreund**

# Weniger Gewerbesteuer

Finanzbericht von Kämmerer Stefan Kemper: „Bleiben auf Konsolidierungskurs“

Von Johannes Bonnekoh

**ALTENA** ▪ „Wir bleiben auf Konsolidierungskurs!“ Diesen wichtigen Satz gab Stadtkämmerer Stefan Kemper am Montag dem Rat mit auf den Weg. Allerdings enthielt sein obligatorischer Finanz-Bericht auch Schattenseiten. Er stellte ihn wie gewohnt mit zahlreichen Folien auf der Rathausleinwand vor.

Das Jahresergebnis 2017 liegt aktuell noch nicht endgültig vor. Das Team der Kämmererei arbeite mit Hochdruck an einer vorläufigen Bilanz. Dennoch gab es von Kemper einige Details: Die Lage bei der Gewerbesteuer habe sich leider verschlechtert. „Wir rechnen jetzt mit Mindereinnahmen gegenüber dem Vorjahr von rund 500 000 Euro“, stellte er fest. 2016 wurden 9,32

Mio Euro gezahlt, in 2017 gab es „nur“ 8,78 Mio Euro. Auch die sonstigen Steuereinnahmen sind nicht ganz im Hoffnungsplan. 2016 flossen an Grundsteuern, dem Gemeindeanteil an der Einkommens- und Umsatzsteuer sowie sonstigen Steuern 24,29 Mio. Euro ins Stadtsäckel. 2017 veranlagte die Stadt mit 24,56 Mio. nur geringfügig mehr. Euro. Kemper: „Ich stelle fest: Wir haben das Ziel bisher nicht ganz erreicht.“

Erfreulich bleibt für Altena: Die Verschuldung der Stadt konnte konsequent weiter zurückgefahren werden. Natürlich auch dem Umstand geschuldet, dass es nach wie vor eine allgemeine Niedrigzinsphase gibt.

Mit Blick auf die neuen Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst fehlen Kemper und

Team noch belastbare Zahlen. Er begrüßte ausdrücklich die lange Laufzeit des neuen Tarifvertrages, die über 30 Monate gehe. In diesem Jahr rechnet der oberste Kassenchef der Stadt mit Mehrbelastungen für die Kommune in einer Größenordnung von 75 000 bis 100 000 Euro.

Für das laufende Jahr prognostizierte Kemper erneut schwarze Zahlen in Sachen Haushalt. Sie basieren unter anderem auf den erst kürzlich vorgelegten Steuerschätzungen des Landes NRW, von denen auch Altena profitieren könnte. Dort zeige die Kurve sanft nach oben.

Die Auftragslage der heimischen Industrie setzte der Kämmerer erneut in Beziehung zur NRW- und Bundesebene. Die Auftragsbücher seien voll, was nicht zuletzt

noch auf der Drahtmesse Wire bestätigt worden sei. Auch die Arbeitslosigkeit weiche in Altena sowie dem Kreis erfreulicherweise positiv von den NRW-Zahlen ab.

Die Forderung nach der Einführung eines Altschuldenfonds für Kommunen beurteilten sowohl Kemper als auch Hollstein eher kritisch. Zwar komme man von Seiten der Landesregierung hier offenbar voran, „aber es dauert insgesamt zu lange“, stellte Kemper fest. Beide Verwaltungsspitzen schrieben schwarz-gelb ins Stammbuch, das zurzeit noch günstige Marktumfeld zu nutzen, um die Zinslast der Kommunen dauerhaft zu senken. Geschenkt werde im übrigen auch Altena nichts, stellte Hollstein fest. Der Fond bedeute keinen Schuldenerlass.

16.05.2018

**Altenaer Kreisblatt**

# Schnullerbaum im Kreishaus

Zahnärztlicher Dienst lädt zu Aktion ein

**MÄRKISCHER KREIS** ■ Um die Eltern von zwei- bis sechsjährigen „Nuckel-Kindern“ zu unterstützen, startet der Zahnärztliche Dienst des Märkischen Kreises in diesem Jahr wieder die Aktion „Schnullerbaum“.

Jungen und Mädchen, die das Nuckeln aufgeben wollen, haben die Möglichkeit, ihren Schnuller gegen ein kleines Geschenk und eine Urkunde an den „Schnullerbaum“ zu hängen und zwar

am 7. Juni im Kreishaus in Iserlohn, Friedrichstr. 70, und am 14. Juni im Lüdenscheider Kreishaus, Heedfelder Straße, jeweils zwischen 14 und 17 Uhr. Ähnliche Aktionen seien in den vergangenen Jahren sehr gut angenommen worden, wie der Kreis in einer Presseerklärung mitteilt. Dieses Ritual erleichtert den Kindern den Abschied vom Schnuller und macht es zu einem besonderen Ereignis.

„Gegen den Gebrauch des

Schnullers ist, anders als gegen den von Nuckel-Fläschchen mit gesüßtem Inhalt, bis zum ersten, maximal zweiten Geburtstag nichts einzuwenden. Wird der Schnuller jedoch darüber hinaus benutzt, drohen Zahn- und Kieferfehlstellungen. Die Folgen können kieferorthopädische Behandlungen, Aussprachefehler oder Zungenfunktionsstörungen sein“, erklärt Dr. Kötter-Jelitte vom Zahnärztlichen Dienst des Märkischen Kreises.

Nach Ansicht von Psychologen ist das einfache Wegnehmen des Schnullers nicht zu empfehlen. Das Kind würde dadurch verunsichert und sich bestraft fühlen, heißt es in der Mitteilung.

Sinnvoll sei einzig der Nuckelstopp in Kooperation mit dem Kind, heißt es in der Mitteilung weiter. Es muss den Schnuller freiwillig aufgeben. Die Zeremonie des Schnulleraufhängens am Schnullerbaum ist bedeutsam, damit der Entschluss nicht halbherzig gefasst wird. Der Aufwand unterstreicht für die Kinder die Wichtigkeit und Endgültigkeit der Entscheidung.

Die Aktion wird unterstützt vom Arbeitskreis Zahngesundheit im Märkischen Kreis. Hier sind neben den Vertretern der Zahnärztekammer auch die Krankenkassen engagiert.

16.05.2018

Meinerzhagener Zeitung

## 499 Kilo Abfall pro Kopf

2017 sinkt Abfallmenge  
in Menden leicht

thea

**Menden.** Die Mendener haben im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2016 weniger Abfall produziert, und zwar genau 543 Tonnen. Die Gesamtabfallmenge belief sich 2017 auf 26 608 Tonnen. Das entspricht je Einwohner einer jährlichen Abfallmenge von 499 Kilo (2016: 508 Kilo).

Gesunken ist vor allem der Anteil an Altpapier, der entweder durch Straßensammlungen oder das Bringsystem (Container) zusammen gekommen ist. 387 Tonnen weniger waren es im Vergleich zu 2016. Leicht gesunken ist auch die Menge an Restmüll (insgesamt 9079 Tonnen), leicht gestiegen die Sperrmüllmenge (insgesamt 2673 Tonnen). Die gesammelten Altglas mengen stiegen leicht um zwölf Tonnen auf 1024 Tonnen. Der Anteil an Leichtverpackungen (Gelbe Tonne) stieg leicht um 19 Tonnen auf 2657 Tonnen.

Der Zweckverband für Abfallbe-

seitigung (ZfA) erstellt jährlich eine Abfallstatistik für Menden. Seit 2003 betrug die höchste Pro-Kopf-Abfallmenge 541 Kilo (2014).

### Abfallstatistik 2017

Abfallart	Menge	Veränderung zum Vorjahr
Restmüll	9079 t	-0,5 %
Sperrmüll	2673 t	+ 1,8 %
Grünabfall	7604 t	-2,5 %
Altpapier	3228 t	-10,7 %
Altglas	1024 t	+1,2 %
Elektro-Geräte	81 t	-9 %
Gelbe Tonne	2657 t	+0,7 %

16.05.2018

**WP WESTFALENPOST**  
Mendener Nachrichten · Balver Nachrichten

Der Pressespiegel erscheint werktäglich. Wiedergegebene Auszüge sind die Meinung des jeweiligen Autors oder Publikationsorgans. Eine Wertung durch den Märkischen Kreis ist damit nicht verbunden.

**Für den Pressespiegel werden regelmäßig ausgewertet:**

#### Zeitungen:

Allgemeiner Anzeiger  
Altenacr Kreisblatt  
Iserlohner Kreisanzeiger  
Lüdenscheider Nachrichten  
Meinerzhagener Zeitung  
Süderländer Tagesblatt  
Süderländer Volksfreund  
Westfalenpost Hagen  
Westfalenpost Menden

## Mehr Erwerbstätige

Anstieg der Beschäftigtenzahl im Kreisgebiet

**MÄRKISCHER KREIS** ■ Die Zahl der Erwerbstätigen (am Arbeitsort) war 2016 im Märkischen Kreis mit 216 400 um 0,4 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen als amtliche Statistikstelle des Landes mitteilt, liegt der Kreis damit im NRW-Trend. Denn 2016 war die Erwerbstätigenzahl in 46 der 53 kreisfreien Städte und Kreise des Landes höher als 2015.

Die höchsten Beschäftigungszahlen wiesen Köln mit 745 500 Erwerbstätigen (+12 000 gegenüber 2015), Düsseldorf mit 524 200 (+9500) und Essen mit 330 000 (+1300) auf. Die niedrigsten Erwerbstätigenzahlen wurden für Bottrop (47 700), Remscheid (59 100) und Her-

ne (61 800) ermittelt.

Die Stadt Bonn verzeichnete die höchste Steigerungsrate bei der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (+2,8 Prozent).

Im Märkischen Kreis lag die Zahl der marginal Beschäftigten (überwiegend geringfügig Beschäftigte und Ein-Euro-Jobber) im Jahr 2016 bei 30 900 und damit um 2,2 Prozent höher als ein Jahr zuvor. In fast allen anderen Städten und Kreise ging die Anzahl der geringfügig Beschäftigten zurück.

Die meisten Erwerbstätigen wurden mit 122 500 (+2200 gegenüber 2015) im Dienstleistungsbereich verzeichnet. 92 700 Menschen arbeiteten im produzierenden Gewerbe und 1200 in der Land- und Forstwirtschaft.

Lüdenscheider Nachrichten

16.05.2018

# Worauf Unternehmer jetzt achten müssen

Am 25. Mai tritt eine neue EU-Verordnung in Kraft. Dr. Michael Dolny, bei der SIHK zuständig für die Sparte Digitalisierung, erklärt, wo Gefahren für Unternehmen lauern und was sie dagegen tun können

Von Tim Gelewski

**Iserlohn/Hagen.** Am 25. Mai tritt die viel diskutierte neue EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Kraft. Im Wesentlichen erhalten Verbraucher dadurch künftig deutlich mehr Rechte, wenn es um die Verarbeitung, Löschung, Weitergabe und Auskünfte bezüglich ihrer persönlichen Daten geht.

Dr. Michael Dolny, bei der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen zuständig für die Sparte Digitalisierung, erklärt, was das für die Unternehmen in der Region bedeutet.

**Herr Dr. Dolny, man könnte den Eindruck gewinnen, die EU lasse da derzeit ein wahres Bürokratiemonster auf die Unternehmen los...**

Für viele, vor allem kleinere Unternehmen ist das Thema eine große Herausforderung. Eine große Zahl hat bislang wenig, manche noch gar nichts gemacht. Sie versuchen jetzt Orientierung zu finden, wissen aber nicht, wo sie anfangen sollen. Wir empfehlen dann zum Beispiel einen Zehn-Punkte-Plan abzuarbeiten, den das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie veröffentlicht hat. Das Thema wird sich aber nicht in ein paar Monaten erledigt haben, sondern uns dauerhaft begleiten.

**Wo sollten Unternehmen beginnen?**

Auf der eigenen Homepage, weil die von außen sichtbar ist. Es könnte gut sein, dass da ab Ende Mai mal Leute nachschauen, ob nicht Grund für eine Abmahnung besteht: Gibt es eine Datenschutzerklärung? Sind personenbezogene Daten ausreichend gesichert, zum Beispiel mittels https-Verschlüsselung bei Webformularen? Wichtig ist stets, dass Daten „gemäß dem aktuellen Stand der Technik“ gesichert sind, wobei momentan noch unklar ist, was das konkret heißen soll.

**Wo fangen die Probleme an? Darf ich als Unternehmen die Profile meiner Mitarbeiter noch im Internet veröffentlichen?**

Das kommt auf den Einzelfall an: Die Durchwahl einer Abteilung, etwa eine Service-Hotline, ist unproblematisch. Die direkte Durchwahl zu einem Einzelnen ist je nach Aufgabengebiet vielleicht noch okay, aber spätestens, wenn Sie auch die Fotos ihrer Mitarbeiter veröffentlichen, sollten Sie um eine Einwilligung bitten.

**Was fällt noch unter die neue EU-Verordnung?**

Auf vielen Webseiten wird das Benutzerverhalten ausgewertet: Wer schaut sich wie lange welche Seiten an? Das funktioniert in der Regel durch die Erfassung der IP-Adressen. Auch diese gelten als personenbezogen und müssen entsprechend behandelt werden. Weitere Problemzonen sind beispielsweise die „Like-Buttons“ von Facebook & Co. **Ist es korrekt, dass es schon ein Verstoß sein kann, wenn bei E-Mails (im CC) einsehbar ist, wer sie noch erhält?**

Das ist so – war aber auch schon vorher ein Problem. Das konnte bislang schnell „böses Blut“ geben, in Zukunft vielleicht auch vermehrt böse Geld kosten. Nämlich dann, wenn jemand vom Anwalt eine Abmahnung verschicken lässt. Die einfache Lösung in dem Fall: Sich selbst als Empfänger der Mail einsetzen und alle anderen in das Feld „BCC“ eintragen.



## Datenschutz

In dieser Serie wird sich immer mittwochs und samstags mit den Folgen der neuen EU-

Datenschutzgrundverordnung beschäftigt. Schwerpunkt heute: die Konsequenzen für Unternehmen.

**Wie weit sind die Unternehmen bei der Umsetzung der DSGVO?**

Unterschiedlich. Die meisten passen derzeit Formulare an, überarbeiten Verzeichnisse oder lassen sich neue Einwilligungen geben. Das Ganze stellt aber wie gesagt vor allem für kleine Unternehmen eine Riesenherausforderung dar, weil sie im Grunde genommen dasselbe erfüllen müssen, wie die großen. Wer also – wie etwa ein kleiner Taxiunternehmer – keine eigene Rechtsabteilung hat, der weiß oftmals noch nicht einmal, wo er überhaupt anfangen soll.

**Mal vom bloßen Aufwand abgesehen – wo gibt es offene Fragen?**

Zum Beispiel beim Thema Kundenlisten. Da steht die Frage im Raum, darf ich die bisher verwendeten Listen mit, sagen wir einmal 5000 Anschriften, überhaupt noch nutzen? Oder muss ich die Kunden für eine Einwilligung erst wieder anschreiben? Oder darf ich sie selbst dafür nicht mehr kontaktieren?

**Wer wird über ausstehende Regelungen am Ende entscheiden?**

Juristisch gibt es die Vorgaben ja bereits seit zwei Jahren, bis Ende Mai gilt eine Übergangszeit. Viele der grundlegenden Regeln sind auch nicht viel anders als vorher. Es gibt aber mehr bürokratischen Aufwand. Und vor allem fehlt nun eine klare Rechtsprechung um Begriffe wie „technischer Stand der Dinge“ zu präzisieren: Braucht ein kleiner Nagelsalon zur Sicherung der Daten nun eine Firewall für 10 000 Euro? Ich glaube ja eher nicht, aber die Frage lautet: Wo liegt die Grenze?

**Ab wann müssen Unternehmen einen Datenschutzbeauftragten beschäftigen? Und ist der dann für Verstöße allein verantwortlich?**

In den meisten Fällen gilt: Ab zehn Personen, die im Unternehmen regelmäßig mit personenbezogenen Daten arbeiten, muss ein Datenschutzbeauftragter tätig werden. Dieser kann extern bestellt werden oder – mit gewissen Auflagen – ein

Fortsetzung nächste Seite

Mitarbeiter des Unternehmens sein. In keinem Fall darf der Datenschutzbeauftragte eine Alibifigur sein. Das würde eigentlich auch nichts bringen, denn am Ende ist sowieso der Chef des Unternehmens für die Einhaltung des Datenschutzes verantwortlich.

**Für den Fall von Verstößen wird über Bußgelder von 10 oder 20 Millionen Euro diskutiert, was natürlich für zusätzliche Verunsicherung sorgt...**

Und es kann sogar noch teurer werden, denn alternativ drohen bis zu vier Prozent des weltweiten Umsatzes als mögliches Bußgeld, je nachdem was mehr ist. Nicht nur bei großen Konzernen wie Autobauern oder Banken könnte der Betrag also erheblich höher liegen. Es scheint zudem nicht unwahrscheinlich, dass die Politik wünscht, dass am Anfang einige Exempel statuiert werden.

**Was ist mit Daten- und Kommunikationsdiensten wie etwa „WhatsApp“? Sind die im Geschäftsleben**

**überhaupt noch zulässig?**

Eigentlich nicht. WhatsApp überträgt alle Kontaktdaten eines Smartphones automatisch auf die Server eines US-Konzerns, was zumindest für geschäftlich genutzte Daten ein Problem darstellt. Daher steht auch im „Kleingedruckten“ der WhatsApp-Geschäftsbedingungen, dass der Dienst nur für den Privatgebrauch vorgesehen ist.

**Was bedeutet das Ganze für den Verbraucher? Nur etwas mehr Schreibkram zum Erledigen?**

Die Rechte von uns EU-Bürgern

Hier finden Unternehmen Tipps, Vorlagen, Dokumente

■ Antworten auf Fragen zum Thema Datenschutz, **Ansprechpartner** sowie Hinweise auf **Informationsveranstaltungen** finden sich unter [www.sihk.de/datenschutz](http://www.sihk.de/datenschutz).

■ Eine Auswahl hilfreicher **Musterdokumente, Gesetzestexte** oder auch **weiterführende Links** findet sich bei der Gesellschaft für

werden zunächst einmal gestärkt, denn beispielsweise muss sich jetzt jedes Unternehmen an die gleichen Datenschutz-Regeln halten, egal wo auf der Welt der Firmensitz ist. In der Praxis dürften viele jedoch schon festgestellt haben, dass mehr Einwilligungen verlangt oder Freigabeformulare verschickt werden. Grundsätzlich sollte ich mir da schon stets überlegen, was ich unterschreibe und wem ich meine Daten wofür anvertraue. Aus Verbraucher-Perspektive ist das aber ja nie verkehrt.

Datenschutz und Datensicherheit unter [www.gdd.de/links](http://www.gdd.de/links).

■ Auf der Webseite des „Bayrischen Landesamtes für Datenschutzaufsicht“ sind die **wesentlichen Anforderungen für kleine Unternehmen** exemplarisch zusammengestellt. [www.lada.bayern.de/de/kleine-unternehmen](http://www.lada.bayern.de/de/kleine-unternehmen).

16.05.2018

**„Istlohnner Kreisanzeiger und Zeitung**

# Warten auf den Überweg

Neuen Herweg sorgt für Zündstoff

Von Florian Hesse

**HALVER** ■ Für Schulkinder und allgemein Fußgänger aus dem Bereich Neuen Herweg wird es in absehbarer Zeit keine sichere Lösung zur Querung der Landesstraße 892 in Höhe des Minigolfplatzes an der Karlshöhe geben. Der Märkische Kreis favorisiere eine „größere Lösung“, die aber durch die Verwaltung der Stadt Halver in der Ratssitzung vom Montag nicht weiter konkretisiert werden konnte. Die Einrichtung eines Zebrastreifens scheitert offenbar an rechtlichen Vorgaben. Die Haushaltsmittel, die auf Initiative von Grünen und UWG für dieses Jahr für Sicherungsmaßnahmen eingestellt worden waren, werden für Mehrkosten beim Kita-Umbau in Oberbrügge eingesetzt.

Es war diese Tischvorlage, die in der Sitzung für Furore sorgte. Eher beiläufig erfuhr der Rat über den Deckungs-

vorschlag für die zusätzlich benötigten 50 000 Euro vom Scheitern des Versuchs, die fußläufige Verbindung des Ortsteils mit der Stadt sicherer zu machen. „Warum muss ich das hier abfragen? Das bedrückt mich“, kommentierte der sichtlich verärgerte UWG-Fraktionschef Werner Lemmert das Verfahren. Anwohner und insbesondere Eltern hätten einen Anspruch zu erfahren, wann da etwas passiert. Auch die Politik stehe in der Pflicht.

**„Situation so nicht tragbar“**

Offenkundig war auch die Verärgerung bei der Fraktion der Grünen. Karl-Friedrich Osenberg erinnerte an den Ortstermin im November. „Wir haben da viele Fußgänger gesehen. Die Situation ist nicht tragbar.“ So habe man Hoffnungen geweckt, die zumindest kurzfristig nicht er-

füllt würden.

Das Thema sei mit der Verschiebung der Haushaltsmittel nicht vom Tisch, betonte Bürgermeister Michael Brosch. Doch bei der Umsetzung der Maßnahmen sei man auf das Einverständnis Dritter angewiesen. Ein Zebrastreifen, sagt der Fachbereichsleiter Bauen und Wohnen, Michael Schmidt, sei laut Straßenkommission dort nicht ohne weiteres möglich. Und eine Verlagerung des Gehwegs auf die andere Seite der Straße sei technisch problematisch und aufgrund des nötigen Grunderwerbs mit insgesamt rund 250 000 Euro viel zu teuer.

**Alle nutzen Weg durch den Wald**

Eine Alternative wäre das aus Sicht von Dr. Sabine Wallmann (UWG) ohnehin nicht. Kinder und Ältere nutzen den Weg durch den Wald. „Ist es in Deutschland nicht möglich, weiße Streifen auf die Straße zu malen, Schilder aufzustellen und ein Ortschild zu versetzen“, fragte sie geradezu verzweifelt in Richtung Verwaltungstisch.

Wie man der Sache abhilft, blieb offen. Die Verwaltung

will weiter im Gespräch mit dem Märkischen Kreis bleiben.

Geprüft wird auch eine andere Idee von der CDU-Fraktionsvorsitzenden Martina Hesse. Ein „schwebender Zebrastreifen“ könnte als Kunstwerk unter Umständen von der Straßenverkehrsordnung nicht berührt sein und trotzdem dafür sorgen, dass Autos den kritischen Bereich langsamer befahren. Ob das haftungsrechtlich tatsächlich realisierbar sei, hinterfragte allerdings Rainer Filling (SPD).

Ganz glücklich verließ am Ende keiner der Beteiligten trotz einstimmigen Beschlusses den Tagesordnungspunkt.

16.05.2018

**Allgemeiner Anzeiger**

# Vom Wertstoff zum Gefahrgut

Personenbezogene Daten müssen ab dem 25. Mai anders behandelt werden

Von Florian Hesse

**HALVER/SCHALKSMÜHLE** - Ein Gespenst geht um in Europa, schrieb Karl Marx vor 170 Jahren und meinte damit den Kommunismus. Dabei ist es heute wohl eher die DSGVO. Was bedeutet die EU-Richtlinie der Datenschutzgrundverordnung eigentlich in der Praxis? Welcher Aufwand steckt hinter der Umsetzung?

Der Kerngedanke ist eigentlich, dass der Zugriff auf persönliche Daten schwieriger, vielleicht sogar unmöglich gemacht werden soll, skizziert das ganz grob Bernd Geppert. Den Schalksmühler Unternehmer – DTG (Datentechnik Geppert) mit Niederlassungen in Lüdenscheid und Dortmund – erreichen täglich neue Anfragen im Wesentlichen aus Unternehmen, wie sie sich zukunftsicher aufstellen können.

## Thema bei Vereinen und Verwaltungen

Doch auch in Verwaltungen ist die Verordnung Thema, die am 25. Mai eigentlich umgesetzt sein muss. Sportvereine und Blogger müssen aufpassen. Die Wohnungsgesellschaft Halver-Schalksmühle (WHS) arbeitet seit Monaten an ihren internen Abläufen, um sie DSGVO-konform zu machen. Denn die personenbezogenen Daten können Ende Mai vom Wertstoff zum Gefahrgut werden.

Synchronisiert die Betreiberin des fiktiven Nagelstudios „Kralle-Koralle“ ihren Facebook-Account und ihren Outlook-Termin kalender, hat sie unter Umständen bereits personenbezogene Daten für Facebook zugänglich gemacht. Name, Alter und mögliche weitere Details der realen Kundin befänden sich dann

weitgehend ungeschützt im Netz, das nie vergisst. Steht im Kalender die Mail-Adresse, Telefonnummer oder die Vorliebe für Cappuccino? Dann kann sich die Kundin konkret auf Kaffeereklame in ihren Sozialen Netzwerken einstellen.

## Dienst-Smartphones als Falle

Ein solches Szenario beschreibt Geppert oder auch ein anderes, völlig alltägliches. Viele kleinere Betriebe arbeiteten mit Stempeluhren und handschriftlich geführten Karten im Blechschrank daneben. Jeder Kollege hätte Zugriff auf Namen und Arbeitszeit. „Geht gar nicht“, hat er trocken seinem Kunden erklärt. Eine Falle lauert übrigens auch beim Dienst-Smartphone. Enthält es Kundendaten, die aus irgendeinem Grund über Social-Media-Kanäle ins Netz sickern, sei der Chef verantwortlich. Im Ergebnis müsse sich das Unternehmen mit einer persönlichen Erklärung des Nutzers absichern.

## Abfragebögen sind nun allgemeiner

Ob am 25. Mai alles in trockenen Tüchern ist? Die Einschätzungen gehen auseinander. Datenschutzbeauftragte Ute Lüttringhaus von der WHS ist zuversichtlich. Bis auf Details sei sie fertig, erklärt sie im Gespräch mit dem Allgemeinen Anzeiger. Die Abfragebögen für potenzielle Neumieter sind inzwischen allgemeiner gehalten, von zwei auf fünf Seiten gewachsen, und es werden zwei Unterschriften fällig. Neben der normalen für die Richtigkeit der Angaben ist Unterschrift zwei gefragt, um der

Weiterverarbeitung der Daten in einem genau festgelegten Rahmen zuzustimmen.

## Genauere Beschreibung des Vorgangs

Das ist einer der Kernpunkte der DSGVO: Dass für jeden datenrelevanten Vorgang das Verfahren genau beschrieben werden muss. In der Stadtverwaltung, naturgemäß ein Hort der personenbezogenen Daten von der Müllabfuhr bis zum Beziehungsstatus, ist der Datenschutz schon immer Thema gewesen. Doch jetzt muss auch hier jede weitere Verwendung geklärt werden. Werden Daten an andere Stellen weitergereicht, müssen mit dem Verwender entsprechende Vereinbarungen geschlossen werden.

Und auch ein weiteres Beispiel zeigt, wie weit die EU-Richtlinie greift: Eine simple Excel-Datei, die persönliche Daten enthält, wird zum registrierenden Vorgang. Sollte es eine Liste mit mehreren Bewerbern auf einen

Job geben, muss für die Aufsichtsbehörde nachvollziehbar sein, wer dazu Zugang hat und wann die Daten gelöscht werden, wie im Halveraner Rathaus Kathrin Serke zu bedenken gibt, die zusammen mit Annette Schulte die IT-Strukturen im Blick hat.

## Verordnung verspricht drastische Strafen

Geht mit der Datenbevorratung etwas schief – auch das sagt die DSGVO – ist übrigens rechtlich nicht mehr der Datenschutzbeauftragte dran, der nunmehr eine beratende Funktion hat. In der Verwaltung wäre es der Bürgermeister, dem letztlich die Organisationsgewalt obliegt, soweit er sie nicht auf Fachbereichsleiter delegieren kann. In Firmen ist es der Geschäftsführer, den die Regelung mit voller Härte treffen würde. Die Verordnung verspricht drastische Strafen bis in den sechststelligen Bereich.

## Datenschutzverordnung

Die EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) ist eine neue EU-Verordnung – also eine Vorschrift, die in der ganzen EU gilt. Die Vorschrift regelt das Datenschutzrecht – also den Umgang von Unternehmen mit personenbezogenen Daten – einheitlich europaweit. Viele der aktuellen Vorschriften des deutschen Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gelten dann nicht mehr beziehungsweise das BDSG wird zeitgleich neu gefasst.

Die Datenschutzgrundverordnung vereinheitlicht das Datenschutzrecht innerhalb der EU, da bisher überall verschiedene Datenschutzgesetze und damit unterschiedliche Standards gelten. Unternehmer

können also zukünftig darauf vertrauen, dass innerhalb der EU ein (überwiegend) einheitliches Datenschutzrecht gilt. Die Verordnung gilt auch für Unternehmen mit Sitz außerhalb der EU, wenn diese Daten von Personen aus der EU verarbeiten.

Zweites Ziel der Verordnung: Das Datenschutzrecht soll datenschutzfreundlicher für die betroffenen Nutzer werden. Der Bürger soll die Hoheit über seine Daten soweit wie möglich zurückhalten. Zusammen mit deutlich höheren Bußgeldern soll so sicher gestellt werden, dass sich auch Cloud-Dienste oder soziale Netzwerke etwa aus den USA an die Regeln halten müssen.

▪ Quelle: e-recht.de

16.05.2018

Allgemeiner Anzeiger